

ERSTER Entwurf für  
UNSERE FORDERUNGEN ZUR LANDTAGSWAHL 2021

**Linksjugend Sachsen-Anhalt**

Die mit # markierten Anmerkungen und Teilüberschriften sind nicht Teil der Beschlussfassung.

Die mit **[Dissens]** markierten Punkte sollen von der LMV gegeneinander abgestimmt werden.

[Titel und Einführungstexte] werden so schnell wie möglich nachgereicht.

**Kapitelübersicht**

Seite 3	Demokratie & Mitbestimmung
Seite 5	Inneres & Sicherheit
Seite 8	Bildungspolitik
Seite 11	Hochschulpolitik
Seite 13	Arbeit & Ausbildung, Soziales & Gesundheit
Seite 17	Flucht & Einwanderung
Seite 19	Infrastruktur, Verkehr & Umwelt
Seite 21	Kultur & Sport

- 1 [ANSPRECHENDER PROGRAMMTITEL]
- 2 [Vorschlag 1: „Sachsen Anhalt: Das wars. Oder?
- 3 Ein Wahlprogramm für ein besseres Leben am unteren Ende Deutschlands“]
  
- 4 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

# 1 Demokratie & Mitbestimmung

2 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

3 Deshalb fordern wir:

4 #Zugang zu Wahlen und Abstimmungen

5 **DISSENS:**

6 ● **[Das Wahlalter soll abgeschafft werden. Wer sich dazu bereit fühlt, soll wählen**  
7 **und gewählt werden dürfen.]**

8 ● **[ersatzlose Streichung]**

9 ● Wer seinen Lebensmittelpunkt in Sachsen-Anhalt haben muss, soll unabhängig von  
10 der Staatsangehörigkeit wählen und gewählt werden dürfen.

11 ● Die Fünf-Prozent-Hürde soll abgeschafft werden, denn auch FDP-Wähler\*innen  
12 haben ein Recht auf demokratische Repräsentanz.

13 # bei der letzten Landtagswahl sind 13% der Stimmen unter die 5%-Hürde gefallen

14 ● Alle Wahllokale müssen barrierefrei sein. Dafür notwendige Umbaumaßnahmen in  
15 den Kommunen soll das Land finanzieren.

16 ● Allen Wahlbenachrichtigungen soll eine Erklärung des Wahlverfahrens beiliegen. Sie  
17 sollen auch bei Stichwahlen versendet werden.

18 ● Wahlzettel sollen verständlich gestaltet werden, insbesondere soll das Logo der zu  
19 wählenden Parteien darauf abgebildet werden.

20 # bspw. Logos von Parteien; richtige / verständliche Benennung von Erst- und Zweitstimme

21 #Ehrenamt

22 ● Wer sich in demokratischen Gremien engagiert, bspw. im Stadt- oder  
23 Studierendenrat, soll zu diesem Zweck von Erwerbsarbeit, Ausbildung,  
24 Schulunterricht und Studium freigestellt werden.

25 # ggf. bezahlt

26 ● Kommunalpolitiker\*innen müssen besser vor Angriffen und Bedrohungen geschützt  
27 werden. Entsprechende Straftaten sollen konsequent von Polizei und  
28 Staatsanwaltschaft verfolgt und angeklagt werden.

29 ● Zivilgesellschaftliches Engagement, Projekte und Träger demokratischer und  
30 politischer Bildung sollen verlässlich und verstärkt gefördert werden.

31 ● Demokratische Entscheidungsfindung und Kultur sollen auch in Schulen Einzug  
32 finden und so von Kindesbeinen an vermittelt werden. (→ Bildung; Demokratische  
33 Schulen)

34 ● Alle Mitarbeiter\*innen des öffentlichen Dienstes sollen an verpflichtenden  
35 Weiterbildungen im Bereich politischer Bildung und Demokratiebildung teilnehmen.

36 #Demokratie auf kommunaler Ebene

37 ● Alle Macht den Ortschaftsräten! Den Ortschaftsräten müssen mehr Rechte zur  
38 Gestaltung ihrer Ortschaft übertragen werden, insbesondere müssen sie ein  
39 angemessenes Budget erhalten. Mit der größeren Verantwortung muss auch eine  
40 Anpassung der Aufwandspauschale einhergehen.

41 ● Auch kleine Ortschaften brauchen Ortschaftsräte bzw. Stadtbezirke Stadtbezirksräte.

- 1 ● Alle Einwohner\*innen einer Kommune sollen sich vollwertig und gleichberechtigt am  
2 politischen Prozess beteiligen dürfen.  
3 ● In den Kommunen sollen Jugendparlamente mit echter politischer Macht, eigenem  
4 Budget und einem aufschiebendem Vetorecht im Stadtrat geschaffen werden.

#### 5 #Parlamentsreform

- 6 ● Die juristische und politische Kommunikation des Landes soll barrierefrei, auch in  
7 Englisch und einfacher Sprache angeboten werden.  
8 ● Ausschusssitzungen des Landtages sollen grundsätzlich öffentlich stattfinden. Sie  
9 sollen auf der Internetpräsenz des Landtages live übertragen und dokumentiert  
10 werden.  
11 ● Die Hürden für alle Formen direkter Beteiligung an politischen Entscheidungen sollen  
12 sowohl im Land als auch den Kommunen gesenkt werden, insbesondere:  
13 ○ Die notwendige Zahl an Unterschriften für die Herbeiführung eines  
14 Volksentscheides soll gesenkt werden.

#### 15 #momentan 9 % Beteiligung für ein erfolgreiches Volksbegehren

- 16 ○ Das 25% Ja-Stimmen-Quorum für erfolgreiche Volksentscheide soll an die  
17 Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl gekoppelt werden, nicht an die  
18 Zahl der Wahlberechtigten.  
19 ○ Erfolgreiche Volksinitiativen und Petitionen mit entsprechend vielen  
20 Unterschriften sollen im Plenum des Landtages behandelt und an die  
21 zuständigen Fachausschüsse überwiesen werden.

#### 22 #momentan 30.000 Unterschriften für erfolgreiche Volksinitiative; ab 4000 Unterschriften

23 Behandlung im petty Ausschuss; „(2) [Erfolgreiche] Volksinitiativen nach Absatz 1 behandelt  
24 der Landtag in erster Beratung, in der einer der Vertrauenspersonen das Wort zu erteilen  
25 ist.“ sayeth the Geschäftsordnung

- 26 ● Vom Staat erhobene Daten sollen der Öffentlichkeit in barrierefreien, über das  
27 Internet abrufbare Informationssystemen zur Verfügung gestellt werden, wenn dem  
28 keine wichtigen Gründe entgegenstehen.  
29 ● Das Land soll die Kommunen dabei unterstützen, solche Informationssysteme zu  
30 schaffen, um die Arbeit der Kommunalparlamente, aber auch Verwaltung  
31 transparenter zu machen.

#### 32 # große, schöne, staatstragende Projekte

- 33 ● Sachsen-Anhalt soll ein Parité-Gesetz erhalten, das einen Frauenanteil von 50% im  
34 Landtag garantiert.  
35 ● Der Frauenkampftag, der 8. März und der Tag des Sieges über Nazideutschland, der  
36 8. Mai, sollen gesetzliche Feiertage sein.  
37 ● Die Schuldenbremse soll aus der Landesverfassung entfernt werden.

## 1 Inneres und Sicherheit

2 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

3 Deshalb fordern wir:

- 4 ● Ein neues Leitbild und Selbstverständnis der Polizei, das ihrem Ruf als "Freund und  
5 Helfer" tatsächlich gerecht wird. Es soll sich in allen Bereichen der Polizeiarbeit, in  
6 der Anwerbung, der Ausbildung, den Strukturen, aber auch der Weiterbildung der  
7 Polizei widerspiegeln:
  - 8 ○ Die Polizei soll vor allem durch Deeskalation und Konfliktfähigkeit die  
9 öffentliche Sicherheit gewährleisten, nicht durch Abschreckung und Gewalt.
  - 10 ○ Anwerbung und Ausbildung sollen nicht den Gewaltaspekt der Polizeiarbeit  
11 betonen, sondern Menschen mit hohem Verantwortungsbewusstsein,  
12 sozialen und technischen Fähigkeiten ansprechen.
  - 13 ○ Polizist\*innen sind keine Superheld\*innen: Sie sollen auch darin geschult  
14 werden, die Grenzen ihrer Fähigkeiten zu erkennen und im Umgang mit  
15 schwierigen sozialen Situationen bspw. mit psychisch Kranken Fachleute zu  
16 Rate zu ziehen.
- 17 ● Die Arbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden darf sich nicht am subjektiven  
18 Sicherheitsgefühl ausrichten.

19 # Kontrolle von Staatsgewalt insb. Polizei

- 20 ● Eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsbehörde soll Polizeikriminalität  
21 aufklären.
- 22 ● Die missbräuchliche Verwendung von polizeilichen Datenbanken, bspw. um Opfer  
23 sexueller Gewalt privat zu belästigen, soll zur Entlassung der verantwortlichen  
24 Beamt\*innen führen.
- 25 ● Nicht verbeamtete Hilfssheriffs sollen in Sachsen-Anhalt nicht mehr auf die  
26 Zivilbevölkerung losgelassen werden, sondern stattdessen ihre Polizeiausbildung  
27 abschließen.
- 28 ● In der Polizei soll ein Rotationsprinzip am Beispiel Berlins erprobt werden. Dadurch  
29 sollen Beamt\*innen entlastet werden, die in besonders fordernden Einsatzfeldern  
30 Dienst schieben. Die gegenseitige Kontrolle soll dem Korpsgeist entgegenstehen.

31 **DISSENS:**

- 32 ● **[Wir plädieren für den Einsatz polizeisicherer Bodycams zur Aufklärung von  
33 Polizeigewalt, auf deren Aufnahmen ausschließlich die unabhängige  
34 Ermittlungsbehörde Zugriff hat]**
- 35 ● **[Den Einsatz von Bodycams lehnen wir ab, da die Auswertung und  
36 Speicherung missbrauchsanfällig bleibt. Ähnlich wie bei Demonstrationen  
37 kann Videomaterial bei Fehlverhalten der Polizei verschwinden, da eine  
38 unabhängige Auswertung und Sichtung zur Aufklärung nach jetzigem Stand  
39 nicht gegeben ist.]**
- 40 ● Menschen, die in staatliche Datenbanken eingetragen werden bzw. sind, sollen  
41 proaktiv darüber informiert werden, statt Auskünfte erst selbst beantragen zu  
42 müssen.

1 # Gefahrenabwehr

- 2 ● Der allgemeine Trend zur militärischen Aufrüstung der Polizei soll sich nicht in
- 3 Sachsen-Anhalt fortsetzen.
- 4 ● Die Polizei soll keine Tiere gegen Menschen einsetzen dürfen.
- 5 ● Das Sicherheits- und Ordnungsgesetz muss überarbeitet werden:
  - 6 ○ Alkoholverbote, mit denen die Schmutzkinder aus dem öffentlich Raum
  - 7 gedrängt werden, sollen abgeschafft werden. Parkbanksterni ist für alle da.
  - 8 ○ Verdachtsunabhängige, also hautfarbenabhängige Ausweis- und
  - 9 Personenkontrollen sind verfassungswidrig und dürfen auch nicht über den
  - 10 Vorwand "gefährlicher Orte" legalisiert werden. Jede Personenkontrolle
  - 11 braucht einen konkreten Grund, der vor der Maßnahme protokolliert werden
  - 12 muss.
  - 13 ○ Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist nutzlos und gehört abgeschafft.
  - 14 ○ Nach dem Vorbild Berlins soll in Fällen von Diskriminierung eine
  - 15 Beweislastumkehr gelten, sodass die Polizei die Rechtmäßigkeit ihres
  - 16 Verhaltens belegen muss.

17 #Versammlungsrecht

- 18 ● Blockaden und Gegenproteste müssen grundsätzlich als eigene, legitime
- 19 Versammlungen anerkannt und respektiert werden. Ziviler Ungehorsam sollte nicht
- 20 kriminalisiert werden.
- 21 ● Das Vermummungsverbot auf Versammlungen soll abgeschafft werden. Wer
- 22 Straftaten begeht, soll dafür verfolgt werden. Wer sich nur vor Naziphographen
- 23 schützen will, hat Strafverfolgung nicht nötig.
- 24 ● Alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung und Einschränkung rechtsradikaler
- 25 Versammlungen und Veranstaltungen sollen konsequent ausgeschöpft werden.

26 #Strafverfolgung; Drugs and RocknRoll

- 27 ● Konsument\*innen schützen, nicht bestrafen! Drogenkonsum soll straffrei sein. Für
- 28 alle relevanten Substanzen sollen verbindlich geringe Mengen definiert werden, bei
- 29 denen von Strafverfolgung grundsätzlich abgesehen wird.
- 30 ● Drugchecking soll dort, wo Drogen erfahrungsgemäß konsumiert werden, ohne
- 31 finanzielle Hürden angeboten werden.
- 32 ● Wir fordern sichere Konsumräume, die Konsument\*innen bspw. durch die
- 33 Bereitstellung bspw. sauberer Nadeln schützen. Sie sollen aber auch zur
- 34 Suchtprävention und für weitere soziale Betreuungs- und Beratungsangebote genutzt
- 35 werden.

36 # Sticker-Idee: Tourismus stärken, Drogen legalisieren

37 #Justiz / Strafvollzug

- 38 ● Ziel von Straf- und Maßregelvollzug muss die Wiedereingliederung in die
- 39 Gesellschaft, nicht die unnötige Entrechtung oder gar Demütigung von Menschen
- 40 sein. Freiheitsentzug soll so weit wie möglich vermieden werden.
- 41 ● Die Rechte von Menschen, die in Gefängnissen oder zum Maßregelvollzug bspw. in
- 42 Sucht- oder psychiatrischen Kliniken untergebracht sind, sollen nur aus wichtigen

- 1 und gerichtlich überprüfbaren Gründen noch weiter eingeschränkt werden dürfen.  
2 Das betrifft insbesondere das Recht auf Privatsphäre, persönliche Gegenstände,  
3 Internetzugang bzw. Mediennutzung und "Luxusgüter" wie Tabakwaren oder  
4 individuelle Kleidung.
- 5 ● Besondere Sanktionen innerhalb des Straf- und Maßregelvollzugs sollen festen  
6 Regeln, statt der Willkür der Anstaltsleiter\*innen folgen.
  - 7 ● Beim Maßregelvollzug soll die Möglichkeit zur ambulanten Betreuung verstärkt  
8 genutzt werden, bei Bagatelldelikten verpflichtend werden.
  - 9 ● Im Bundesrat soll sich Sachsen-Anhalt dafür einsetzen, dass der Maßregelvollzug  
10 keine Unendlichkeitshaft mehr werden kann, sondern seine Dauer der Tat  
11 angemessen sein muss.
  - 12 ● Das geplante Abschiebegefängnis in Dessau-Rosslau soll in eine Frauenhaftanstalt  
13 umgewandelt werden. Sachsen-Anhalt braucht mehr Haftplätze für Frauen, um einen  
14 wohnortnahen Strafvollzug zu ermöglichen. Kontakt zu Familie, Angehörigen und  
15 Freunden erleichtert die Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

#### 16 # Ordnungswidrigkeiten / Ordnungsämter

- 17 ● Bußgelder sollen grundsätzlich einkommensabhängig sein, um Arme nicht härter zu  
18 bestrafen als Reiche. Und Rainer Wendt muss ausrechnen, was konkrete Bußgelder  
19 anhand des Durchschnittseinkommens in Sachsen-Anhalt in Tagessätze  
20 umgerechnet bedeutet.

#### 21 # Hufeisen- / Extremismustheorie / Politische Sicherheit / PMK

- 22 ● Die Extremismustheorie ist falsch und darf nicht Leitfaden für die Bekämpfung  
23 menschenfeindlicher Ideologien sein.
- 24 ● Der Verfassungsschutz soll abgeschafft werden. Ersetzen soll ihn eine  
25 wissenschaftliche Recherchestelle, die die Gefährlichkeit, Verbreitung und  
26 Organisationsformen menschenfeindlicher, insbesondere rechtsradikaler Ideologie  
27 untersucht. Sie soll Staat und Zivilgesellschaft bei deren Bekämpfung beraten.
- 28 ● Rechtem Terror, ob islamisch oder nicht, darf nicht das Netz überlassen werden:
  - 29 ○ Volksverhetzungen, politisch motivierte Bedrohungen und Beleidigungen  
30 sollen auch im Netz konsequent verfolgt werden
  - 31 ○ Die Landespolizeien sollen zur Verhinderung von Anschlägen wie in Berlin  
32 oder Halle besser länderübergreifend zusammenarbeiten
  - 33 ○ Auch moderne Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten,  
34 insbesondere ausländische Plattformen sollen stärker im Fokus der  
35 Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden stehen.
- 36 ● Synagogen, Geflüchtetenunterkünfte und andere durch menschenfeindliche  
37 Ideologien besonders gefährdete Objekte müssen besser geschützt werden.
- 38 ● Das Land soll die Zusammenarbeit mit liberalen Islamverbänden und Gemeinden  
39 suchen. Hassprediger dürfen auch in Zukunft weder Partner bei  
40 Integrationsbemühungen sein, noch vom Land gefördert werden.

# 1 Bildungspolitik

## 2 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

3 Deshalb fordern wir:

### 4 #Schulorganisation und Schuldemokratie

- 5 ● Das gegliederte Schulsystem soll durch inklusive Gesamtschulen ersetzt werden.  
6 Diese sollen sich auch fachspezifisch ausrichten können. Um Inklusion zu  
7 ermöglichen, müssen Schulen flexibel und den Anforderungen der Schüler\*innen  
8 entsprechend materiell und personell ausgestattet werden. Schulgebäude müssen  
9 barrierefrei sein.
- 10 ● Schulen sollen demokratisiert werden!
  - 11 ○ Es soll an jeder Schule ein Schulparlament geben, bei dessen Wahl die  
12 Stimmen derjenigen, die jeden Tag in der Schule lehren, lernen und arbeiten,  
13 gleich viel zählen.
  - 14 ○ Das Schulparlament soll maßgebliches Entscheidungsgremium an der Schule  
15 werden und die Schulleitung effektiv kontrollieren können.
  - 16 ○ Die Klassen und Kurse sollen im Rahmen der Lehrpläne selbst über die  
17 Inhalte und die Art des Unterrichts entscheiden dürfen.
  - 18 ○ Das Schulparlament soll auch aktiv werden, wenn Fehlverhalten von  
19 Lehrkräften oder anderen Mitarbeiter\*innen an der Schule bekannt wird. Kann  
20 der Konflikt nicht innerhalb der Schule gelöst werden, wird das  
21 Landesschulamt eingeschaltet.
  - 22 ○ Sämtliche Schüler\*innenvertretungen müssen über ihre Rechte aufgeklärt  
23 werden.
- 24 ● Schulen sollen Schüler\*innen für politisches oder gesellschaftliches Engagement in  
25 demokratischen Gremien, in Parteien, ihren Jugendverbänden und bei  
26 gemeinnützigen Vereinen und Trägern vom Unterricht freistellen.
- 27 ● Freie Schulen sind entweder eine Elitenveranstaltung oder enthalten Kindern  
28 wichtige Bildungsinhalte vor. Sie sollen, wo es geht, durch staatliche ersetzt bzw.  
29 verstaatlicht werden. Solange sie existieren, sollen sie in der Qualifikation ihres  
30 Personals und ihren Inhalten den Standards staatlicher Schulen entsprechen. Ihre  
31 Aufnahmekriterien dürfen nicht willkürlich und exklusiv sein.

### 32 # Lernerfolg und Bewertung

- 33 ● An Grundschulen sollen Noten abgeschafft werden. Die Zahl der Leistungskontrollen  
34 soll an allen Schulen reduziert werden. Jede bewertete Leistung soll einmal  
35 wiederholt werden dürfen, wenn ein\*e Schüler\*in mit der Note nicht zufrieden ist und  
36 die bessere Note zählen.
- 37 ● Am Ende des Schuljahres soll es individuelle Gespräche von Lehrer\*innen,  
38 Schüler\*innen und Eltern geben, bei denen eine Einschätzung bzgl des Lernerfolgs,  
39 Stärken und Schwächen der betroffenen Schüler\*innen und eventuellem  
40 Förderbedarf erfolgt.
- 41 ● Sachsen-Anhalt soll mehr Lehrer\*innen ausbilden und einstellen, um sie zu  
42 entlasten, ihre Arbeitszeit zu verringern und langfristig kleinere Klassen zu



- 1 ermöglichen.
- 2 ● Für die Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter\*innen müssen Team-,  
3 Entwicklungs-, Förder- Eltern- und Schüler\*innengespräche sowie Weiterbildungen  
4 zur entlohnten Arbeitszeit gehören.
- 5 ● Sitzenbleiben soll als Zwangsmaßnahme abgeschafft werden. Stattdessen sollen  
6 Schüler\*innen Schuljahre freiwillig wiederholen dürfen und ansonsten entsprechend  
7 ihrer individuellen Schwächen gefördert werden.
- 8 ● Bußgelder und Jugendarrest als Strafmaßnahmen für Schulschwänzer\*innen lehnen  
9 wir ab. Zwang führt nicht zu besseren Lernerfolgen und schafft eine zusätzliche  
10 Belastung für die Betroffenen.
- 11 ● Für die geistige Gesundheit von Schüler\*innen, aber auch um soziale Nachteile  
12 auszugleichen, brauchen alle Schulen Schulpsycholog\*innen und  
13 Schulsozialarbeiter\*innen.
- 14 ● Hausaufgaben sollen komplett abgeschafft werden. Sie verschärfen soziale  
15 Ungleichheit, aber tragen nicht zum Lernerfolg bei.

#### 16 # Schulinhalte

- 17 ● Schüler\*innen sollen Vertiefungen in bestimmten Fächern als Wahlmöglichkeiten in  
18 einem Kurssystem bekommen, das bereits vor der Oberstufe beginnt
- 19 ● Sozialkundeunterricht soll praktisch werden! Er soll Schüler\*innen an allen  
20 Schularten in die Lage versetzen, ihre Rechte zu kennen und wahrzunehmen - als  
21 Mieter\*innen, Verbraucher\*innen und allgemein als Bürger\*innen.
- 22 ● Arbeitnehmer\*innenrechte sollen Teil des Lehrplans sein. Gewerkschaften sollen an  
23 Schulen und Berufsschulen Schüler\*innen über ihre späteren Rechte aufklären.
- 24 ● Die Extremismustheorie soll nicht an Schulen gelehrt werden. Sie ist  
25 unwissenschaftlich, setzt rechte Terrorgruppen mit antifaschistischem Engagement  
26 gleich und verschleiert die Empfänglichkeit der bürgerlichen Mitte für  
27 menschenfeindliches Gedankengut.
- 28 ● Alle Schüler\*innen sollen mindestens einmal eine KZ-Gedenkstätte besuchen.
- 29 ● Lehrer\*innen sollen in verpflichtenden Fortbildungen für den Umgang mit  
30 rechtsextremen und menschenfeindlichen Gedankengut sensibilisiert und dazu  
31 ermächtigt werden, ihm angemessen entgegenzutreten. Dies soll auch Teil der  
32 Lehramtsausbildung sein.
- 33 ● Religionsunterricht abschaffen! Religionsgemeinschaften sollen keinen exklusiven  
34 Zugang zu Schulen haben. Religion ist Privatsache und gehört nicht an öffentliche  
35 Schulen. Statt Religion, soll Wissen über Religionen und Weltanschauungen im  
36 Philosophie- und Ethikunterricht vermittelt werden.
- 37 ● Bundeswehr raus aus den Schulen! Die Bundeswehr soll im Klassenzimmer weder  
38 direkt noch getarnt als unkritische Informationsveranstaltung über Sicherheitspolitik  
39 für den Dienst an der Waffe werben dürfen.

#### 40 # Schulbegleitendes

- 41 ● Schulpraktika sollen Weiterbildungsmöglichkeit über die Schule hinaus mehrwöchig  
42 und in mehr als einer Klassenstufe stattfinden. Dabei werden alle anfallenden  
43 Kosten, z. B. Fahrtkosten, vom Land übernommen.

- 1 ● Form und Handschrift sollen nicht bewertet werden. Preußische Kaligraphietugenden  
2 gehören nicht in einen modernen Lernkanon.
- 3 ● Hauswirtschaftslehre soll Pflichtfach werden. Jeder soll kochen können.
- 4 ● Klassenfahrten sollen mindestens aller zwei Jahren durchgeführt werden müssen.
- 5 ● Die Kosten für Lehrmittelbedarf, Schulessen, Klassenfahrten, Spindmiete etc. sollen  
6 vom Land übernommen, statt auf Familien abgewälzt zu werden.
- 7 # Ausstattung
- 8 ● Die Ausstattung der Schulen ist am besten beim Land aufgehoben. Klassenzimmer  
9 können so besser und schneller im digitalen Zeitalter ankommen.
- 10 ● Grundlegender Informatikunterricht soll Pflichtfach werden.
- 11 # Schulweg
- 12 ● Für alle Schüler\*innen soll ein kostenloses, landesweites Schüler\*innenticket  
13 eingeführt werden. Wenigstens sollen die Fahrtkosten für Schüler\*innen bis zum  
14 Abschluss vollständig übernommen werden.
- 15 ● Die Mindestschüler\*innenanzahl soll abgeschafft werden, um Schulschließungen im  
16 ländlichen Raum zu verhindern.
- 17 ● Bus- und Bahnfahrpläne sollen besser auf den Schulbeginn abgestimmt werden.
- 18 ● Vor 9 Uhr soll kein Schultor aufgehen! Wenigstens für Jugendliche muss der  
19 Unterrichtsbeginn ihrem biologischen Schlafrhythmus entsprechen.
- 20 # Bund
- 21 ● Sachsen-Anhalt soll sich für die bundesweite Vereinheitlichung von Abschlüssen und  
22 Lehrplänen einsetzen.

# 1 Hochschulpolitik

2 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

3 Deshalb fordern wir:

## 4 #Uni für alle

- 5 ● Der Numerus Clausus soll abgeschafft werden.
- 6 ● Wer seinen Bachelor macht, soll auch seinen Master machen dürfen.
- 7 ● Alle Hochschulen in Sachsen-Anhalt sollen Promotionsrecht erhalten.
- 8 ● Die Hochschulen sollen offen sein: Lehrveranstaltungen sollen für die Allgemeinheit  
9 geöffnet werden, insbesondere durch kostenlose Gasthörer\*innenschaften und  
10 entsprechende Online-Angebote.
- 11 ● Die Gründung von Landesstudienkollegs, die ausländischen Studierenden Zugang  
12 zu den Hochschulen ermöglichen, sollen an allen Hochschulen finanziell gefördert  
13 werden.
- 14 ● Studium und individuelle Lebensplanung sollen besser miteinander vereinbar sein.  
15 Die Abschaffung der Anwesenheitspflichten soll erweitert und durchgesetzt werden.  
16 Die Kinderbetreuung an den Hochschulen soll verbessert werden.
- 17 ● In Zusammenarbeit mit den Studierendenwerken soll auch an der Uni die soziale  
18 Infrastruktur gesichert werden (insbesondere Antidiskriminierungsstellen, Mensen,  
19 Studi-Tickets, Beratungsangebote, Wohnraum, Kinderbetreuung)
- 20 ● Für die gebührenfreie Uni! Zweitstudien-, Verwaltungs- und sonstige Gebühren  
21 sollen abgeschafft werden. Diese Gebühren und die Semesterbeiträge sollen durch  
22 Landeszuschüsse ersetzt werden.

## 23 #Personal und Finanzierung

- 24
- 25 ● Die Wissenschaftsbetriebe in die Hand der wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen! Die  
26 Lehrstühle und Forschungsinstitute sollen von allen wissenschaftlichen  
27 Mitarbeiter\*innen gemeinsam verwaltet werden.
- 28 ● Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder soll auch für die Unis,  
29 Hochschulen und Unikliniken gelten
- 30 ● Wer an der Uni arbeitet, soll auch bei der Uni angestellt sein! Das gilt insbesondere  
31 auch für das nicht-wissenschaftliche Personal wie Reinigungskräfte und  
32 Sicherheitsdienst.
- 33 ● Sachgrundlose Befristungen sollen an den Unis und Hochschulen ebenso  
34 abgeschafft werden wie im restlichen öffentlichen Dienst, insbesondere  
35 Kettenbefristungen im wissenschaftlichen Mittelbau.
- 36 ● Für Lehrstühle uniweit und für wissenschaftliche Positionen an den Lehrstühlen soll  
37 es eine verpflichtende Frauenquote von 50% geben.
- 38 ● Der vom Land vorgeschriebene Stellenplan soll abgeschafft werden. Unis sollen  
39 selbst entscheiden, ob und welche Stellen sie brauchen.
- 40 ● Exzellenzinitiativen und leistungsorientierte Mittelvergabe sollen abgeschafft werden.  
41 Dafür soll die Grundfinanzierung für die Hochschulen bis zur Ausfinanzierung und  
42 finanziellen Unabhängigkeit aufgestockt werden.

- 1 ● Die Obergrenze für Unibesitz soll abgeschafft werden. Die Hochschulen sollen selbst  
2 über die Größe der für sie notwendigen Räumlichkeiten entscheiden.

3

4

5 #Hochschulpolitik

- 6 ● Das Ständewahlrecht an den Hochschulen soll abgeschafft werden: Jede Stimme  
7 soll gleich zählen.
- 8 ● Alle universitären Gremien sollen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.
- 9 ● Die studentischen Gremien sollen mehr verbriefte Rechte, insbesondere  
10 Informations- und Anhörungsrecht, sowie ein aufschiebendes Vetorecht erhalten.
- 11 ● Die Einschränkung des politischen Mandats der Studierendenschaft soll aus dem  
12 Landeshochschulgesetz gestrichen werden.
- 13 ● Das Recht auf Gründung von Hochschulgruppen soll ins Landeshochschulgesetz  
14 Einzug finden. Dazu gehören entsprechende Rechte, wie der Zugang zu  
15 Räumlichkeiten und die Möglichkeit, in die Hochschule zu wirken.
- 16 ● Die Gesetzesgrundlage der FH der Polizei soll so weit wie möglich ans  
17 Landeshochschulgesetz angeglichen werden, insbesondere was die Rechte der  
18 Studierenden betrifft.
- 19 ● Die Landesregierung soll Studierendenrätekonferenz und Landesrektorenkonferenz  
20 bei wissenschafts- und hochschulpolitischen Fragen frühzeitig einbinden

# 1 Arbeit und Ausbildung, Soziales und Gesundheit

## 2 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

3 Deshalb fordern wir:

### 4 # WOHNUNGEN

- 5 ● Es soll regionale Mietendeckel für Sachsen-Anhalt geben, um
- 6 Immobilienspekulationen frühzeitig das Wasser abzugraben.
- 7 ● Sachsen-Anhalt soll ein Enteignungsgesetz für Wohnraum einführen, um:
- 8 ○ Wohnungen bzw. Wohnungsgesellschaft wieder großflächig in die
- 9 kommunale Hand zu überführen
- 10 ○ Leerstand zu enteignen, um Spekulationen zu verhindern
- 11 ○ in Notsituationen Wohnungen verfügbar zu machen
- 12 ● Mit diesen Mitteln sollen die Kommunen auch dabei unterstützt werden,
- 13 sozialverträglichen und barrierefreien Wohnraum vorrätig zu halten.
- 14 ● Die Kommunen sollen dazu verpflichtet und dabei unterstützt werden, der
- 15 Herausbildung von Armen- und Reichenvierteln entgegenzuwirken. Auch zwischen
- 16 Villen braucht es Sozialwohnungen.
- 17 ● Die Grundsteuer soll auch weiterhin auf dem tatsächlichen Wert der Grundstücke
- 18 basieren, nicht pauschal auf der Größe der Fläche. Auch unbebaute Grundstücke
- 19 sollen konsequent besteuert werden, um Bodenspekulationen zu verhindern.

### 20 #WOHNEN

- 21 ● Die Kosten der Unterkunft (KDU) für ALG II-Bezieher\*innen sollen realistisch und
- 22 nach einem aktuellen, qualifizierten Mietspiegel berechnet werden.
- 23 ● Anstatt Obdachlose aus dem Stadtbild zu drängen, sollen ihnen menschenwürdige
- 24 Notunterkünfte mit Einzelzimmern zur Verfügung gestellt werden, in denen sich
- 25 Sozialarbeiter\*innen um die Belange der Betroffenen kümmern können. Zusätzlich
- 26 fordern wir ein Housing-First-Programm nach skandinavischen Vorbild, das
- 27 Obdachlosen ohne weitere Vorbedingungen die Möglichkeit gibt, eine vom Staat
- 28 gestellte, dauerhafte Wohnung zu finden.
- 29 ● Straßenausbaubeiträge sollen abgeschafft werden, wenn die entfallenden
- 30 Einnahmen für die Kommunen vom Land ausgeglichen werden können. Wenigstens
- 31 braucht es eine soziale Staffelung

### 32 #originär Soziales

- 33 ● Soziale Dienstleistungen sollen nicht an private Träger ausgelagert werden.
- 34 ● Sachsen-Anhalt braucht mehr Sozialarbeiter\*innen und mehr Personal beim
- 35 sozialpsychologischen Dienst. Allgemein sollen psychosoziale Hilfsangebote
- 36 ausgebaut werden.
- 37 ● Wir fordern eine kostenlose Kita. Jede\*r soll unabhängig vom Einkommen die
- 38 Möglichkeit haben, sein Kind in eine Kita zu geben.
- 39 ● Die kommunale Jugendarbeit muss vom Land stärker gefördert werden. Dabei muss
- 40 auch die Fläche der Kreise einbezogen werden, um den erschwerten Bedingungen

- 1 des ländlichen Raums Rechnung zu tragen.
- 2 ● Die Zahl der Plätze in Frauenhäusern muss drastisch erhöht werden. Außerdem soll  
3 ihre bauliche und personelle Ausstattung verbessert werden, auch um barrierefrei zu  
4 sein.
- 5 ● Der Zugang zu Frauenhäusern muss für Betroffene möglichst schnell und  
6 niedrigschwellig funktionieren. Neben der telefonischen und wohnortnahen  
7 Erreichbarkeit gehört auch dazu, dass Polizist\*innen auf den Umgang mit häuslicher  
8 Gewalt geschult werden müssen.
- 9 ● Sachsen-Anhalt braucht ein Konzept für die Zeit nach der Kohle. Dieser Umstieg  
10 muss sozial und ökologisch verträglich sein. Im Konkreten heißt das:
- 11 ○ Die staatliche Reaktivierung stillgelegter Anlagen in der Chemie- und  
12 Solarindustrie  
13 #VEB Leunawerke
- 14 ○ Überbrückungshilfen für die (ehemaligen) Arbeitnehmer\*innen der  
15 Kohleindustrie
- 16 ○ eine unbürokratische Förderung von Forschung an Konzepten zur  
17 klimaverträglichen Stromversorgung

18 **Dissens:**

- 19 ● **[Sachsen-Anhalt soll auf Bundesebene zur Stärkung strukturschwacher  
20 Regionen auf die Schaffung einer Sonderberauschungszone (SBZ) hinwirken,  
21 in der der Anbau, die Weiterverarbeitung und Verpackung von Cannabis  
22 erlaubt wird. Der Vertrieb und Konsum dieser Genusshanf-Produkte soll im  
23 ganzen Bundesgebiet legalisiert und besteuert werden.]**
- 24 ● **[Sachsen-Anhalt soll auf Bundesebene darauf hinwirken, den Anbau, die  
25 Weiterverarbeitung und Verpackung von Cannabis exklusiv in  
26 strukturschwachen Regionen zu erlauben. Der Vertrieb und Konsum dieser  
27 Genusshanf-Produkte soll im ganzen Bundesgebiet legalisiert und regulär  
28 besteuert werden.]**

29 # medizinische Einrichtungen

- 30 ● Krankenhäuser und alle anderen medizinischen Einrichtungen gehören in die  
31 öffentliche Hand. Unter privater bzw. profitorientierter Trägerschaft leidet das  
32 Personal und dadurch das Wohl der Patient\*innen.
- 33 ● Deswegen sollen die kommunalen Krankenhäuser in eine landesweite  
34 Krankenhausgesellschaft überführt und die privaten Krankenhäuser auf lange Sicht  
35 enteignet werden.
- 36 ● Privatpraxen, in denen nur Privatpatient\*innen behandelt werden, sollen verboten  
37 werden.
- 38 ● Polykliniken können gerade im ländlichen Raum für kurze Wege zwischen  
39 Arztpraxen sorgen. Dazu wollen wir uns dafür einsetzen, dass sich mehr Polykliniken  
40 auf dem Land ansiedeln. Diese Ärzte sollen dazu verpflichtet werden, Hausbesuche  
41 anzubieten.
- 42 ● In Sachsen-Anhalt leben ist nicht einfach: Es soll mehr psychiatrische Einrichtungen  
43 geben, die eine bessere personelle und räumliche Ausstattung brauchen, um auf die  
44 individuellen Bedürfnisse der Patient\*innen eingehen zu können.

1 # medizinisches Personal

- 2 ● Es soll mehr Pflege- und Krankenhauspersonal ausgebildet und eingestellt werden,  
3 auch um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern.
- 4 ● Medizinisches Personal soll nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) beschäftigt und  
5 besser bezahlt werden.
- 6 ● Medizinstudent\*innen müssen in ihrem praktischen Ausbildungsjahr angemessen  
7 bezahlt werden. Um dies sicherzustellen, sollen sie die Möglichkeit bekommen, sich  
8 für ihre Arbeitnehmer\*innenrechte in Betriebsräten einzusetzen.
- 9 ● Schwangerschaftsabbrüche sollen verpflichtender Studieninhalt für Gynäkolog\*innen  
10 werden
- 11 ● Medizinische Forschung soll verstärkt geschlechtergerecht gefördert werden, damit  
12 sie Frauen einbezieht und sich nicht ausschließlich um die Gesundheit von Männern  
13 kümmert.
- 14 ● Frau sein darf nicht mehr kosten! Allen Einwohnerinnen Sachsen-Anhalts sollen  
15 Menstruationsprodukte kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

16 # positive Freiheit zur Gesundheit

- 17 ● Die Gesundheitsämter sollen so gut ausgestattet werden, dass sie selbst mit einer  
18 Pandemie fertig würden und trotzdem eine höhere Kontrolldichte gewährleisten  
19 können als bisher. Dazu gehört auch die strikte Kontrolle von Regelungen aus dem  
20 Prostituiertenschutzgesetz.
- 21 ● Wenn es keine medizinischen Gründe dagegen gibt, sollen alle Kinder in Sachsen-  
22 Anhalt entsprechend der Empfehlungen des RKI geimpft werden - zur Not auch ohne  
23 Zustimmung der Eltern.

24 #Vergaberecht

- 25 ● Das Vergaberecht soll auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen.  
26 Öffentliche Aufträge sollen nur an Firmen vergeben werden, die ihre Angestellten  
27 nach Tarif beschäftigen, nicht sachgrundlos befristen und wenigstens einen  
28 armutsfesten Mindestlohn bezahlen. Das Gleiche gilt für etwaige  
29 Subunternehmer\*innen.
- 30 ● Auch Menschen, die in atypischen Verhältnissen beim Land bzw. über das Land  
31 beschäftigt werden, wie Häftlinge, Praktikant\*innen, Menschen in  
32 Behindertenwerkstätten und Freiwilligendienstleistende sollen einen Mindestlohn  
33 erhalten, der vor Altersarmut schützt.

34 #Azubis+Ausbildung

- 35 ● Über die Ausbildungsrahmenpläne sollen Gewerkschaften die Berufsschüler\*innen  
36 ausführlich über ihre Arbeitnehmer\*innenrechte aufklären. Azubis müssen wissen,  
37 wie sie ihre Rechte geltend machen können und was ihr\*e Arbeitgeber\*in darf und  
38 was nicht.
- 39 ● Berufsschulen sollen mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um  
40 unabhängig von privaten Geldgeber\*innen moderne technische Ausstattungen  
41 bereitstellen zu können

- 1 ● Wir fordern ein kostenloses, landesweites Azubi-Ticket, um allen Auszubildenden die  
2 kostenlose Anfahrt zu ihren Berufsschulen und Betrieben zu ermöglichen.
- 3 ● Das Land soll mehr Berufsschullehrer\*innen ausbilden und einstellen, auch um ihre  
4 Arbeitsbedingungen verbessern.
- 5 ● Auszubildende sollen zwei Wochen vor ihren Abschlussprüfungen zur Vorbereitung  
6 vollständig freigestellt werden.
- 7 ● Ausbildungsplätze sollen durch staatliche Förderung auch über die Corona-  
8 Pandemie hinaus gesichert werden, wenn sie sich an die gesetzlichen Vorschriften  
9 halten und gute Ausbildungsbedingungen bieten. Dazu sollen gehören:
  - 10 ○ eine Übernahmegarantie
  - 11 ○ die Finanzierung von Schulmitteln wie z.B. einen Arbeitsrechner und  
12 Bücherkosten
  - 13 ○ die Übernahme von Fahrtkosten zum Betrieb und zur Berufsschule
  - 14 ○ eine Ausbildungsvergütung von mindestens 1050€ im 1. Lehrjahr in  
15 Verbindung mit einem Anstieg von mindestens 10% pro Ausbildungsjahr
  - 16 ○ eine Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Ausbildungsbetrieben mit  
17 mehr als 10 Azubis

## 18 Arbeit

- 19 ● Wir wollen Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich im öffentlichen Dienst.  
20 Dafür müssen entsprechend mehr Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen werden.
  - 21 ● Sachgrundlose und Kettenbefristungen soll es im öffentlichen Dienst nicht geben.
  - 22 ● Menschen mit Behinderungen in Sachsen-Anhalt soll ein bestmöglicher Zugang zum  
23 regulären Arbeitsmarkt gewährleistet werden.
  - 24 ● Das Land Sachsen-Anhalt soll sich beim zuständigen Bundesministerium dafür  
25 einsetzen, dass mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden. Von  
26 Errungenschaften des Arbeitskampfes sollen alle profitieren.
  - 27 ● Um Azubis, Menschen in regulären und atypischen Beschäftigungsverhältnissen  
28 effektiv gegen Arbeitsrechtsverstöße zu unterstützen, soll eine Landesbehörde für  
29 den Schutz der Arbeiter\*innen des Landes Sachsen-Anhalt (LSA-LSA LSA)  
30 eingerichtet werden. Sie soll dem Zoll auch Arbeit bei der Kontrolle von  
31 Mindestlohnverstößen abnehmen.
  - 32 ● In Sachsen-Anhalt sollen Betriebe darüber Rechenschaft ablegen wie groß die  
33 Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen in ihrem Betrieb ist.
  - 34 ● Im Bildungsfreistellungsgesetz soll verankert werden, dass Arbeitnehmer\*innen auch  
35 jenseits beruflicher Weiterbildung freigestellt werden müssen.
  - 36 ● Die Kosten zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit sollen zwischen  
37 den Ländern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgeteilt  
38 werden.
- 39 # Die Finanzierung unverschuldeter, ungleicher Lastenverteilung, insbesondere bei  
40 Sozialleistungen und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz innerhalb des  
41 Bundesgebietes muss über einen Verteilungsschlüssel, der die wirtschaftliche  
42 Leistungsfähigkeit der Bundesländern berücksichtigt, ausgeglichen werden.



# 1 Flucht und Einwanderung

## 2 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

3 Deshalb fordern wir:

### 4 #Bleiberecht für alle

- 5 ● Wer in Sachsen-Anhalt leben will, soll das auch dürfen. Eine Verteilung von  
6 Menschen nach dem Königsteiner Schlüssel lehnen wir zugunsten der Wahlfreiheit  
7 der Geflüchteten und Zuwanderer\*innen ab.
- 8 ● Das Land Sachsen-Anhalt soll alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um  
9 Abschiebungen zu verhindern und die Bedingungen für die Betroffenen so wenig  
10 menschenfeindlich wie möglich zu gestalten. Die Folgen der Abschiebungen für die  
11 Betroffenen sollen dokumentiert werden, um weitere zu verhindern.
- 12 ● Sachsen-Anhalt soll zum sicheren Hafen werden und sich bereit erklären,  
13 insbesondere aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen, auch um Druck auf das  
14 Bundesinnenministerium aufzubauen.

### 15 # Soziale Isolation aufheben

- 16 ● Geflüchtete sollen ihren Wohnort frei wählen dürfen. Zentrale  
17 Aufnahmeeinrichtungen und andere Menschenmülllager, in denen Geflüchtete  
18 gesellschaftlich isoliert werden, lehnen wir ab.
- 19 ● Geflüchtete und Einwanderer\*innen brauchen gleichen Zugang zu Bildung. Das  
20 Herausbilden von "Problemschulen", die aufgrund des Anteils von Kindern mit  
21 Migrationshintergrund vernachlässigt werden, muss verhindert werden - wenn nötig,  
22 auch per Desegregations-Bus nach dem Vorbild der USA.
- 23 ● Kindern von Geflüchteten und Einwanderer\*innen hilft beim Spracherwerb vor Allem  
24 der alltägliche Umgang mit deutschsprachigen Kindern in der gleichen Klasse.  
25 Außerdem müssen sie gezielt beim Spracherwerb unterstützt werden, um Schulen  
26 bei dieser Aufgabe zu entlasten.
- 27 ● Unabhängig vom Aufenthaltsstatus sollen für alle kostenfreie Sprachkurse zur  
28 Verfügung gestellt werden.

### 29 # grundlegende (soziale) Rechte

- 30 ● Geflüchtete sollen über eine einheitliche Gesundheitskarte gesetzlich  
31 Krankenversicherten gleichgestellt werden, damit sie sich nicht wie bisher jeden  
32 Arztbesuch vom Sozialamt genehmigen lassen müssen.
- 33 ● Lebensmittelmarken, Gutscheine und dergleichen, die noch an Geflüchtete  
34 ausgegeben werden, sollen stattdessen ausgezahlt werden. Auch Geflüchtete haben  
35 das Recht, selbst zu entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben wollen.
- 36 ● Das System zur Anerkennung von Schul-, Ausbildungs- oder Hochschul-  
37 Abschlüssen muss verbessert werden, um Geflüchteten den Weg in die Ausbildung  
38 oder auf den Arbeitsmarkt nicht noch zusätzlich zu erschweren.
- 39 ● Alle Menschen, die in Sachsen-Anhalt leben wollen oder müssen, sollen sich in den  
40 politischen Prozess einbringen dürfen. Siehe dazu auch das Kapitel "Demokratie und  
41 Mitbestimmung".

- 1 ● Zugewanderte und Geflüchtete müssen ihre Rechte in Deutschland kennen - im  
2 Asylverfahren, als Arbeitnehmer\*innen und Frauen den Männern gegenüber. Dazu  
3 brauchen sie wenigstens bei Ämtern und Gerichten Zugang zu Rechtsberatung und  
4 Übersetzer\*innen.
- 5 ● Um Geflüchteten durch den Behördenschlingel zu helfen, sollen sie von  
6 Sozialarbeiter\*innen bei ihren Behördengängen unterstützt werden.
- 7 ● Träger von Integrationsangeboten müssen sich der Wahrung dieser Rechte  
8 verpflichtet sehen. Rassist\*innen, Sexist\*innen, Homophobe, Antisemit\*innen und  
9 andere Rechtsradikale - auch solche islamischer Prägung - dürfen nicht staatlich  
10 gefördert werden.
- 11 ● Die Landesregierung soll keiner weiteren Verschärfung des Asyl- und  
12 Aufenthaltsrechts im Bundesrat zustimmen und auf eine offene  
13 Einwanderungsgesetzgebung hinwirken, die Geflüchtete und Einwanderer  
14 unterstützt, statt schikaniert.

## 1 **Infrastruktur, Verkehr & Umwelt**

2 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

3 Deshalb fordern wir:

### 4 # Grundsätzliches

- 5 ● Nicht rentable, aber notwendige Einrichtungen wie Einzelhandelsgeschäfte und
- 6 Gaststätten, Clubs und Schwimmbäder im ländlichen Raum sollen bei Übernahme
- 7 des Personals verstaatlicht werden, um die Grundversorgung zu gewährleisten.
- 8 ● Öffentliche Infrastruktur wie Strom-, Abwasser-, Wasser-, und Gasunternehmen
- 9 sowie -netze sollen in den Händen der Kommunen bleiben bzw. in diese
- 10 zurückgeführt werden.
- 11 ● Die Kommunen sollen dabei unterstützt werden, alle öffentlichen Einrichtungen
- 12 barrierefrei zu gestalten.

### 13 # Digitalisierung

- 14 ● Jeder Haushalt soll durch den Ausbau des Glasfaser- und Breitbandnetzes mit
- 15 Internet versorgt werden.
- 16 ● Anstatt des jetzigen Flickenteppichs an Funklöchern, wollen wir flächendeckendes
- 17 5G in Sachsen-Anhalt.
- 18 ● In Bahnhöfen, Regionalzügen und anderen öffentlichen Orten soll es kostenfreie und
- 19 leistungsstarke WLAN-Hotspots geben. Dabei sollen vor allem nicht kommerzielle
- 20 Projekte wie z. B. Freifunk unterstützt werden, um ein freies digitales Datennetz zu
- 21 ermöglichen.
- 22 ● Öffentliche Förderung von Netzbetreibern soll an Netzneutralität gebunden werden.
- 23 ● Kommunale Internetdienstleister sollen besser an die nächsten
- 24 Internetknotenpunkte angeschlossen werden.

### 25 #ÖPNV

- 26 ● Bus, Regional- und Straßenbahn sollen kostenlos werden. Eine Umlagefinanzierung
- 27 würde insbesondere im ländlichen Raum helfen, Strecken wiederzubeleben und
- 28 öffentliche Verkehrsmittel attraktiver zu machen.
- 29 ● Bis dahin soll es zumindest ein kostenloses Semesterticket, Azubiticket und
- 30 Sozialticket geben, das in allen Verkehrsverbänden in Sachsen-Anhalt gilt.
- 31 ● Es sollen mehr Busse und Züge fahren, auch zwischen den kleineren Dörfern und
- 32 Städten. Dazu sollen sie tagsüber mindestens alle 20 Minuten und nachts stündlich
- 33 getaktet werden.
- 34 ● Der ÖPNV soll von allen Menschen genutzt werden können. Deswegen muss er
- 35 barrierefrei sein.
- 36 ● An allen Haltestellen soll es kostenfreies WLAN, aktualisierbare Anzeigen für Bus-
- 37 und Bahnverspätungen und eine gute Beleuchtung geben.
- 38 ● Kommunen sollen mit genug Geld ausgestattet werden, um kaputte Wartehäuschen
- 39 wieder zu benutzbaren Haltestellen zu machen.

- 1       ● Luxus für Alle: Die 2. Klasse in den Regionalzügen soll abgeschafft werden.

2 #Umwelt

- 3       ● Die Fördermittel des Bundes zum Kohleausstieg sollen in Breitbandausbau und  
4       Infrastrukturaufwendungen der Kommunen fließen.  
5       ● Wir wollen den sofortigen Kohleausstieg.  
6       ● Das Land soll sich dafür einsetzen, Tankstellen dazu zu verpflichten, Ladestellen für  
7       E-Autos bereitzustellen.  
8       ● Die bürokratischen Hürden für die Errichtung von Solar- und Windkraftanlagen sollen  
9       abgebaut werden. Insbesondere soll der Mindestabstand für Windkraftanlagen  
10      gesenkt werden.  
11      ● Es müssen Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden, die gezielt die Artenvielfalt  
12      auf landwirtschaftlichen Nutzflächen schützen.  
13      ● Die flussbegleitenden Auen und Wasserrückzugsgebiete sollen erhalten bzw.  
14      ausgebaut werden.  
15      ● Im Rahmen des Landesnaturschutzgesetzes sollen Kommunen zur Begrünung und  
16      zum Bäumepflanzen in den Innenstädten verpflichtet werden.  
17      ● Gesetzesvorhaben sollen verpflichtend auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft werden.  
18      ● Das Radwegnetz in Sachsen-Anhalt soll ausgebaut werden. Dabei soll der Fokus  
19      nicht auf touristischen Prestigeprojekten liegen, sondern auf dem Nutzen für die  
20      Anwohner\*innen.  
21      ● Sachsen-Anhalt renaturieren! Mehr Geld für Aufforstungsprojekte.  
22      ● Für Infrastrukturprojekte wie Stromtrassen sollen die schon vorhandenen Schneisen  
23      durch die Natur genutzt werden, statt neue in Wälder und Landschaften zu schlagen.

24 #Reste

- 25      ● Die Tradition freiwilliger Feuerwehren soll erhalten werden. Wo nötig sollen sie aber  
26      durch Berufsfeuerwehren ergänzt werden.  
27      ● Das Land Sachsen-Anhalt soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, die  
28      Finanzverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen zugunsten der Kommunen  
29      neu aufzustellen und ihre Schulden zu tilgen.

## 1 Kultur & Sport

### 2 [ANSPRECHENDER EINFÜHRUNGSTEXT]

3 Deshalb fordern wir:

#### 4 # neue Dinge

- 5 ● Sachsen-Anhalt soll zur Abwechslung Vorreiter sein und Veranstaltungsort großer E-
- 6 Sport-Events werden. E-Sport soll genau so gefördert werden wie jeder andere
- 7 Sport. Entsprechende Vereine unterstützt und die notwendige Infrastruktur gefördert
- 8 werden.
- 9 ● Sachsen-Anhalts Kartoffelacker sind die perfekte Kulisse für Zombie-Filme: Das
- 10 Land soll die Filmförderung mit den anliegenden Bundesländern koordinieren, um
- 11 eine mitteldeutsche Filmlandschaft zu schaffen - und wo vorhanden - auszubauen
- 12 ● Die Offenen Kanäle in Sachsen-Anhalt sollen gestärkt und vom Land ausreichend
- 13 finanziert werden.
- 14 ● Für die Unterstützung der Offenen Kanäle und die Vermittlung von
- 15 Medienkompetenz insbesondere an Schulen müssen in ausreichender Zahl
- 16 Medienpädagog\*innen öffentlich angestellt werden.
- 17 ● Die Zusammensetzung der Fernsehräte soll demokratisiert werden.
- 18 # für Kontext Micha und Niklas fragen; die Antwort könnte Sie verunsichern

#### 19 # alte Dinge

- 20 ● Die Einsparungen bei Theatern, Opern und Orchestern müssen rückgängig gemacht
- 21 werden. Sachsen-Anhalt braucht eine lebendige Kulturlandschaft.
- 22 ● Schlösser und Burgen in Sachsen-Anhalt sollen der Allgemeinheit gehören und
- 23 offenstehen. Eine Privatisierung oder Umwidmung lehnen wir ab. Dafür soll auch die
- 24 geplante Mitteldeutsche Schlösser-Stiftung endlich umgesetzt werden.
- 25 ● Museen in Sachsen- Anhalt müssen allen Menschen offenstehen: Dafür sollen
- 26 private Museen auch in die öffentliche Hand überführt werden können.
- 27 ● Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen in Hand des Landes oder mit
- 28 öffentlicher Förderung sollen für Kinder und Menschen mit geringem Einkommen,
- 29 insbesondere Schüler\*innen, Studis und Azubis, keinen Eintritt kosten.

#### 30 # kommunaler Sport

- 31 ● Das Schwimmbadsterben muss enden. Das Land soll die Kommunen dabei
- 32 unterstützen, Schwimmbäder zu erhalten bzw. zu reaktivieren.
- 33 ● Allgemein soll der Erhalt und Ausbau der kommunalen Sportstätten in Sachsen-
- 34 Anhalt gefördert werden. Insbesondere die Ehrenamtlichen, die sich um ihre
- 35 Sportstätten bemühen, sollen dabei unterstützt und einbezogen werden.
- 36 ● Die Kosten von Polizeieinsätzen sollen nicht auf Vereine umgelegt werden. Dies
- 37 kann insbesondere für kleine Vereine unverschuldet existenzbedrohend sein.

#### 38 # Grundlegende Finanzierung / Ausstattung

- 1 ● Sachsen-Anhalt soll ein eigenes Ministerium für Kultur und Sport erhalten, statt diese
- 2 Anliegen beim Innenministerium und in der Staatskanzlei unterzubringen.
- 3 ● Leerstand soll für gemeinnützige Bürgerprojekte wie Jugend-, Bildungs-, Kultur-, und
- 4 Kunstangebote bzw. soziokulturelle Zentren verfügbar gemacht werden.
- 5 ● Solche Angebote, egal ob freies Theater oder Sprachschule, sollen langfristig statt
- 6 projektbezogen gefördert werden, um den Vereinen Planungssicherheit zu geben.

#### 7 # Gepöbel

- 8 ● Sexistische Werbung soll verboten werden.
- 9 ● Die offiziellen Veranstaltungen des Landes sollen darauf geprüft werden, ob sie
- 10 Personen ehren, die für menschenverachtende Werte stehen, insbesondere das
- 11 Luther-Gedenken muss enden.